UNIVERSITY OF CALIFORNIA AT LOS ANGELES
JUN 1936
LIBRARY

Morgen-Ausgabe

Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Alle Manuskript gedruckt, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Sonnabend, 16. Mai	Nr. 639

Der Führer bei dem erkrankten SS-Brigadeführer Schreck.

München, 15. Mai. Der Führer besuchte Freitag nachmittag in der Universitäts-Ohrenklinik München seinen alten Fahrer SS-Brigadeführer Julius Schreck, der an den Folgen einer Kieferhöhlenentzündung schwer erkrankt ist.

Neugliederung des Auswärtigen Amtes.

Berlin, 15. Mai. Die schon seit längerer Zeit geplante Reorganisation des Auswärtigen Amtes wird im Laufe des Monats Mai durchgeführt. Die neue Gliederung des Auswärtigen Amtes wird äußerlich der Vorkriegsorganisation der Behörde insofern ähneln, als die Bearbeitung der politischen Angelegenheiten in einer geschlossenen politischen Abteilung und die der gesamten wirtschaftlichen Fragen in einer Wirtschaftsabteilung erfolgen wird. Der Ausgangspunkt der Reorganisation ist in der in den Nachkriegsjahren eingetretenen Verschiebung des Aufgabenkreises des Außenministeriums zu sehen.

Die bisher bestehenden drei Länder-Abteilungen, in denen sowohl die politischen wie auch ein Teil der wirtschaftlichen Angelegenheiten der betreffenden Ländergruppen bearbeitet wurden, werden in eine einzige unter einem Ministerialdirektor stehende politische Abteilung zusammengefaßt. Die Abteilung, die künftighin nur die politischen Fragen zu bearbeiten haben wird, gliedert sich in eine europäische und eine außereuropäische Gruppe, an deren Spitze je ein Gesandter steht.

Durch diese Neuregelung wird u. a. erreicht, daß die Bearbeitung der die großen europäischen Länder England, Frankreich und Italien betreffenden politischen Fragen künftighin in einer Hand liegt.

Besonders hervorzuheben ist — entsprechend den veränderten Aufgaben — die Schaffung einer stark ausgebauten Wirtschaftsabteilung, bei der die Bearbeitung der gesamten wirtschaftlichen Fragen zusammengefaßt ist, die den gesteigerten Anforderungen der Gegenwart entspricht und als Mittler zwischen den deutschen Wirtschaftsressorts und den fremden Regierungen und Interessenten zu dienen hat.

Amerikaner und Deutsche feiern den Nordatlantikflug.

Berlin, 15. Mai. Aus Anlaß der ersten Fahrt des Luftschiffes „Hindenburg" nach Nordamerika trafen sich am Freitag einige deutsche und amerikanische Persönlichkeiten des Berliner öffentlichen Lebens mit den Luftschiffpionieren Chefingenieur Dürr und Luftschiffkapitän Lehmann zur Einladung des Auslandspressechefs der NSDAP, Dr. Hanfstaengl, in seiner Wohnung zu einer Feier.

Man sah führende Mitglieder der amerikanischen Kolonie mit Botschafsrat Meyer, Militärattaché Major Smith und Generalkonsul Jenkins an der Spitze, von deutscher Seite u. a. Ministerialdirektor Dr. Dieckhoff, Herzog Karl Eduard von Koburg, Polizeipräsident Graf Helldorf, Generalinspekteur Dr. Todt, Ministerialrat Halensbrik vom Propagandaministerium, Stabsleiter Slenger vom Verbindungsstab.

Dr. Hanfstaengl begrüßt die Gäste und gedachte der glücklichen Fahrt des Zeppelin-Luftschiffes „Hindenburg". Er erklärte, der Flug sei ein Beweis dafür, daß Deutschland in seinen großen Leistungen, in Wissenschaft und Technik, in Industrie und Organisation wieder im Aufstieg begriffen sei. Dieses große Gelingen habe jedoch zustande kommen ohne die Männer, die hinter dem neuen Wunderwerk ständen. Dr. Hanfstaengl erinnerte in diesem Zusammenhang an den großen skandinavisch-nordischen Entdecker Leif Erieson, der im Jahre 1000 als erster weißer Mann den Boden Amerikas betreten habe. Von Leif Erieson und der Wikinger-Periode führe ein gerader Weg zu den anderen nordländischen Bezwingern des Nordatlantischen Ozeans, zu den Fliegern Lindbergh, Köhl, Zitmaurice und Hühnefeld, zu Eckener, Lehmann und Dürr. Dr. Hanfstaengl schloß mit Gedanken an die heldische Idee und ihre Verkörperung in diesen Männern mit einem Trinkspruch auf das Wissen und Gedeihen der Zeppelin-Idee, das wachsende Verständnis, die wachsende Verständigung und die Verbundenheit zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland.

Das „Kärntner Kreuz" wird nicht mehr verliehen.

Berlin, 15. Mai. Die Oesterreichische Gesandtschaft teilt mit: In der letzten Zeit mehren sich die Anfragen und Gesuche um Zuerkennung des sogenannten „Kärntner Kreuzes". Um den hiedurch entstehenden Schreibarbeiten unnötige Kosten und Mühe zu ersparen, macht die Landeshauptmannschaft Kärnten darauf aufmerksam, daß zufolge Beschlusses der Kärntner Landesregierung bereits seit dem 31. Oktober 1930 das Kärntner Kreuz, beziehungsweise die Kärntner Erinnerungsmedaille, nicht mehr verliehen wird.

Neues Dornier-Flugboot für den Transozeanpostverkehr.

Friedrichshafen, 14. Mai. Am Bodensee wurden in den letzten Tagen mit einem neuen Dornier-Langstreckenflugboot „Do 18" erfolgreiche Probeflüge durchgeführt. Das Flugboot soll im Postdienst auf der Strecke über den Südatlantik, die seit 2½ Jahren im regelmäßigen Dienst von der Deutschen Lufthansa mit Dornier-Walen beflogen wird, eingesetzt werden. Die Dornier „Do 18" ist jedoch infolge ihres großen Flugbereichs in der Lage, alle in Frage kommenden Ozeanlinien zu befliegen.

Wie wir von den Dornier-Werken erfahren, ist das Flugboot dieser Tage von der Deutschen Lufthansa übernommen worden.

Deutsche Zeitschriftenverleger in Ungarn.

Budapest, 15. Mai. Unter Führung des stellvertretenden Leiters des Reichsverbandes der deutschen Zeitschriftenverleger, Oberführers Alfred Hoffmann, trafen 94 deutsche Zeitschriftenverleger in Budapest ein. Sie wurden am Bahnhof von dem Pressechef des Ministerpräsidiums, Dr. Mikes, dem Pressechef des Außenministeriums, Legationssekretär Dr. von Mengele, und dem Präsidenten des Landesvereins ungarischer Fachzeitungen sowie dem Vertreter des deutschen Gesandten von Mackensen empfangen. Auf dem deutschen Heldenfriedhof und vor dem ungarischen Heldendenkmal fand eine Kranzniederlegung statt.

Zu Ehren der deutschen Gäste gab der Pressechef des ungarischen Ministerpräsidiums und des Außenministeriums ein Essen, an dem zahlreiche maßgebende Persönlichkeiten des ungarischen öffentlichen Lebens teilnahmen.

Das umfangreiche Reiseprogramm sieht für die Dauer des viertägigen Aufenthalts in Ungarn eine Reihe von Besichtigungen in der Provinz vor.

Das voraussichtliche neue Kabinett in Polen.

Warschau, 15. Mai. Die neue polnische Regierung wird sich voraussichtlich wie folgt zusammensetzen:

Ministerpräsidium und Inneres: General Skladkowski (bisher zweiter Staatssekretär im Kriegsministerium),
Aeußeres: Beck,
Finanzen: Kwiatkowski,
Soziale Fürsorge und Arbeit: Kocialkowski (bisher Ministerpräsident),
Handel und Industrie Roman (bisher zweiter Unterstaatssekretär im Ministerium des Aeußeren),
Justiz: Staatsanwalt Grabowski.

Die übrigen Ministerposten bleiben vermutlich unverändert.

In maßgeblichen politischen Kreisen wird darauf hingewiesen, daß mit General Skladkowski einer der nächsten Mitarbeiter des Marschalls Pilsudski an die Spitze der Regierung tritt. Der Regierungswechsel selbst entspreche der Gepflogenheit, nach Abschluß der Haushaltstagung des Parlaments die Regierung unter Veränderungen bei jenen für die nächste Periode voraussichtlichen Fragen umzubilden.

Unter diesem Gesichtspunkt darf man also aus der Ernennung des Generals Skladkowski, der in vielen Kabinetten des Marschalls als energischer Innenminister bekannt geworden ist, folgern, daß als das Vordringlichste eine starke Hand im Innern gilt, um den radikalen Strömungen links und rechts entgegenzutreten. Die Zusammensetzung des neuen Kabinetts läßt erkennen, daß sowohl die außenpolitische wie die finanzpolitische Linie der Regierung unverändert bleiben wird.

In Regierungskreisen wird besonders betont, daß entgegen allen Gerüchten der letzten Wochen, die von dem inneren Zerfall des ehemaligen Pilsudski-Lagers zu sprechen wußten, die neue Kabinettsbildung einen Beweis für die Beständigkeit der Regierung und den Zusammenhalt der hinter ihr stehenden Gruppen bedeutet.

Die Gründe für den Kabinettswechsel in Polen.

Warschau, 15. Mai. Die innerpolitische Spannung, die seit längerer Zeit in Polen vorhanden und in den letzten Wochen außerordentlich stark geworden war, hat, wie erwartet, unmittelbar nach den Trauerfeierlichkeiten anläßlich des ersten Jahrestages des Todes des Marschalls Pilsudski und nach der am Freitag erfolgten Rückkehr des Ministers Beck aus Genf ihre Lösung durch den Kabinettswechsel gefunden.

Der mit der Neubildung des Kabinetts beauftragte General Skladkowski hat in den Regierungen des Marschalls Pilsudski in sechs Kabinetten in der Zeit von 1926 bis 1933 das Amt des Innenministers geführt. Er gilt als ein Mann der starken Hand und durchgreifender Entscheidungen.

Die innerpolitischen Spannungen, zu deren Ueberwindung das neue Kabinett berufen sein wird, sind einerseits in der Entwicklung der Wirtschaftslage begründet, die letzthin zu den Devisenbeschränkungen und entsprechenden Maßnahmen auf dem Gebiet des Handels geführt haben. Andererseits haben die von kommunistischen Hetzern veranlaßten Arbeitslosenunruhen, die u. a. in Strakau und Lemberg zu blutigen Zusammenstößen geführt haben, die Frage entscheidender Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit in den Vordergrund geschoben.

Britischer Protestschritt in Wien.

London, 15. Mai. Wie hier verlautet, hat der britische Gesandte in Wien am Dienstag bei der österreichischen Regierung einen Schritt unternommen. Er protestierte gegen die „unglückliche Rückwirkung", die das Ziel- und Programm Starhemberg-Mussolini im Auslande hervorgerufen habe. In dem Telegramm hatte Starhemberg unter Berufung auf den faschistischen Gedanken Mussolini zum Siege in Abessinien beglückwünscht.

Der Versicherungsskandal in England.

London, 15. Mai. Vom Versicherungs-Untersuchungsausschuß wurde am Freitag zunächst der Beamte des Kolonialministeriums vernommen, der die Besucher empfängt. Er bestätigte, daß Butt im Kolonialministerium Thomas im Amt zu sprechen verlockt hat und daß er auch eine kurze Unterredung gleich nach den Osterferien mit ihm hatte.

Die Vernehmung wandte sich hierauf den Geschäften Butts zu. Matheson, Inhaber einer Versicherung gegen Steuer- und Zollerhöhungen, bestätigte, daß sich Butt einen Tag vor dem Bekanntwerden des Haushalts mit ihm unterhalten habe. Er habe gemeint, es stehe keine Erhöhung der Einkommensteuer bevor. Später habe er jedoch mit ihm ein Geschäft über 3000 Pfund abgeschlossen. Nachdem er ihm eine Bestätigung dieses Geschäftes überlandt hatte, habe Butt ihn ärgerlich angerufen und verlangt, das Geschäft rückgängig zu machen. Der Grund sei gewesen, daß er Butt nach dessen Ansicht Bedingungen angeboten habe, die diesem nicht gewinnbringend genug erschienen. Die Verhandlung wandte sich dann den Versicherungen gegen die Teezollerhöhungen zu, die Butt durch Vermittlung einer anderen Firma hat vornehmen lassen.

Der Prozeß wurde auf Montag vertagt.

Die Erwerbslosfrage in Großbritannien.

London, 16. Mai. Der Vorsitzende des Erwerbslosenversicherungsausschusses erklärte in einer Rede, Großbritannien müsse sich an den Gedanken gewöhnen, daß ständig 1½ Millionen Menschen in diesem Lande beschäftigungslos sein werden. Voraussichtlich werde während der nächsten acht Jahre die Arbeitslosenziffer etwa um 16¾ v. H. liegen und dann geringer werden.

Amtlicher Besuch des britischen Gesandten bei Badoglio.

London, 16. Mai. Wie ein diplomatischer Mitarbeiter des Daily Telegraph erfährt, hat der britische Gesandte in Addis Abeba zusammen mit anderen diplomatischen Vertretern am Mittwoch dem italienischen Oberkommandierenden Marschall Badoglio einen amtlichen Besuch gemacht. Dies sei aber nicht als Anerkennung der italienischen Souveränität in Abessinien anzusehen. Badoglio gelte nur als Oberhaupt der Besatzungstruppen in der abessinischen Hauptstadt.

Abessinische Heerführer auf dem Wege nach Palästina.

London, 16. Mai. Aus Port Said wird gemeldet, daß am Freitag auf dem französischen Dampfer „Marschall Joffre" eine Reihe abessinischer Heerführer, darunter Ras Kassibu, der frühere Oberbefehlshaber der abessinischen Süd-Armee, sowie Lodschasmatsch Makonnen und seine Frau, die Nichte des Kaisers, mit ihren Kindern, einer Sekretärin und Dienern eingetroffen seien. Die abessinischen Flüchtlinge würden sich nach Palästina begeben.

Missionarinnen in den Händen abessinischer Banditen.

London, 16. Mai. Aus Kreisen der Sudan-Mission in London erfährt man, daß zwei englische Missionarinnen in die Hände von abessinischen Banditen gefallen seien. Die Mission lag etwa drei Tagereisen von Addis Abeba entfernt, in einer Gegend, in der keine Kampfhandlungen stattgefunden haben.

Die englisch-sowjetischen Flottenverhandlungen.

London, 15. Mai. Wie der diplomatische Berichterstatter der Times erfährt, verständigte die Sowjetbotschaft am Donnerstag das Foreign Office, daß der Flottenattaché aus Moskau mit Anweisungen zurückgekehrt sei, die es ihm möglich machten, über den Abschluß eines Abkommens zur Ergänzung des Londoner Flottenvertrages »zu verhandeln.

Diplomatenempfänge bei Mussolini.

Rom, 15. Mai. Mussolini hat am Freitag nachmittag den spanischen Botschafter Gomez Ocerin, der seinen Posten in Rom nach zweijähriger Tätigkeit verläßt, empfangen. Anschließend hatte Mussolini eine Unterredung mit dem österreichischen Gesandten Volgruber.

Notifizierung über die Annexion Abessiniens.

Rom, 15. Mai. Von zuständiger italienischer Seite wird auf die Feststellung Wert gelegt, daß die Mitteilung, die Italien durch seine diplomatischen Vertreter in den einzelnen Hauptstädten über Abessinien machen ließ, nur den Charakter einer Notifikation habe. Sie habe die Lage Italiens klarstellen sollen, dessen Vorgehen sich aus unvermeidbaren Notwendigkeiten, wie es die örtlichen Unruhen waren, ergeben habe und beschleunigt worden sei.

Den Nachrichten über die Bildung einer abessinischen Regierung mit Sitz an der Sudan-Grenze werde übrigens keine Beachtung geschenkt. Derartige Berichte trügen angesichts der bolzonenen Tatsache keinen ernsthaften Charakter.

Eine außenpolitische Rede Léon Blums.

Paris, 15. Mai. Bei einem Essen des „American Club" in Paris, das unter Vorsitz des amerikanischen Botschafters stattfand, hielt der Führer der französischen Sozialisten Léon Blum eine Rede, in der er sich mit außenpolitischen Fragen beschäftigte.

Frankreich, so erklärte Léon Blum, wolle mit allen Völkern der Welt in Frieden leben, ganz gleich nach welchen Grundsätzen die Völker ihre Innenpolitik regelten. Frankreich sei bestrebt, in seinem Verhältnis zu allen Nationen die Ursachen von Streitigkeiten auszuschalten, aus denen eines Tages kriegerische Verwicklungen erwachsen könnten. „Wir wollen den Frieden mit allen", so betonte der Redner, „wir wollen in Frieden mit allen Völkern, die guten Willens sind, zusammenarbeiten und wir schließen die Idee eines Propagandakrieges und die Idee eines Repressivkrieges vollkommen aus."

Blum beschäftigte sich dann mit den französisch-amerikanischen Beziehungen. Auf seine jüdische Abstammung eingehend, erklärte er weiter, daß er niemals verheimlicht habe, einer Rasse anzugehören, die der französischen Revolution Freiheit und Gleichheit gebracht habe.

Der Redner wies dann auf den kürzlich erfolgten Abschluß des französisch-amerikanischen Handelsvertrages hin, den er als einen glücklichen Beitrag zur weiteren freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten bezeichnete. Er ging hierauf auf gewisse „Mißverständnisse" ein, die sich im Zusammenhang mit der Einstellung der französischen Kriegsschuldzahlungen an Amerika ergeben hätten, wobei er der Hoffnung Ausdruck gab, daß es gelingen werde, diese Mißverständnisse schnell zu beheben. Ein Mittel dazu sei die Aufhebung der verhängten Zollschranken und die Einnahme des Geistes der Autarkie. Dadurch könnte ein normales Verhältnis zwischen den europäischen Völkern wiederhergestellt werden. Zuerst müsse sich Europa organisieren, es müsse von der Besessenheit einer Kriegsmöglichkeit befreit werden. Die internationale Zusammenarbeit müsse wiederhergestellt werden. Nicht nur, wie Léon Blum abschließend betonte, auf politischem Gebiet, sondern auch auf dem Gebiet der Wirtschaft müsse die europäische Solidarität geschaffen werden. Diese wirtschaftliche Wiedergeburt Europas und der Welt bedeute erst die wirkliche Befriedung und damit die Befreiung von dem Kriegsgedanken.

Der Austritt Guatemalas aus dem Völkerbund.

Guatemala, 16. Mai. Der Austritt Guatemalas aus dem Völkerbund, der amtlich bestätigt wurde, wird erstens mit wirtschaftlichen Rücksichten und zweitens mit der geringen Anpassungsfähigkeit des Bundes an amerikanische Angelegenheiten begründet. Den Ausschlag dürfte jedoch das Scheitern der Bemühungen des Völkerbundes im italienisch-abessinischen Streitfall gegeben haben.

Verantwortlich: Kurt Schwarzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.